

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlag: Riesner Verlag, Riesa.
Herausgeber: R. S.

Amtsblatt

Postfach: Riesa 1100.
Telefon: Riesa 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 166.

Dienstag, 20. Juli 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Postgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Preis für 1.— Mark; je länger und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Rest-Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch greift. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeiträge „Erythra an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Anstaltens oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. F. Zeißgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittmer, Riesa.

Die Amtshauptmannschaft Dresden hat den Verkehr mit Kraftfahrzeugen auf dem Kommunitationswege von Claus nach Eßbach auf Grund von § 23 Absatz 1 der Bundesratsverordnung vom 3. Februar 1910 in Verbindung mit § 2 der Ausführungsbestimmungen vom 21. März 1910 verboten.
Großenhain, am 18. Juli 1920.
187 f H.
Die Amtshauptmannschaft.

Maul- und Klauenseuche.

In den Bezirken des Wirtschaftsbefehlers Heinrich Seidler und der Guttsbesitzerin Amalie verw. Wendt, beide in Riepitz, sowie unter den Riegen des Hausbesizers Robert Glaser in Gröblich ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche festgestellt worden.
Als Sperrebezirk wird gemäß § 181 der Bundesratsausführungsbestimmungen zum Viehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 (Seite 83 des Gesetz- und Verordnungsblattes 1912) der Gebirgs Ortsteil „Riepitz“ Straße jenseits der Bahn nach Riepitz zu bestimmt.
Mit Rücksicht auf die in Großenhain-Buschhäuser (Amtshauptmannschaft Riesa) herrschende Maul- und Klauenseuche werden die Orte Steinbach, Marischau, Gemenndorf und Göblich v. G. als Beobachtungsgebiet gemäß § 185 der genannten Bundesratsausführungsbestimmungen bestimmt.
Für den Sperrebezirk gelten die Vorschriften in §§ 162—168 und für das Beobachtungsgebiet die §§ 169—168 der genannten Ausführungsbestimmungen.
Im Übrigen wird auf die Bekanntmachungen vom 1. Juli und 11. Juni 1920, Maul- und Klauenseuche in Riepitz bezw. Bonickau betr. verwiesen (abgedruckt in Nr. 152 des Großenhainer Tageblattes vom 3. Juli 1920, Nr. 151 des Riesner Tageblattes vom 2. Juli 1920 und Nr. 98 des Radeburger Anzeigers vom 15. Juni 1920).
1630 f K I
Großenhain, am 18. Juli 1920.
Die Amtshauptmannschaft. 1630 g

Abgabe von Speisepotatofeln betreffend.

1. Das Verbot des Ausnehmens von Kartoffeln zum Zwecke des Verkaufs wird hiermit aufgehoben, dagegen bleibt die unmittelbare Abgabe von Kartoffeln seitens der Erzeuger an die Verbraucher verboten, soweit nicht einzelne Gemeinden die unmittelbare Abgabe an die Verbraucher anordnen, was nur unter strengster Ueberwachung zulässig ist.
2. Ueber die in der nächsten Woche auf die neuausgegebenen Kartoffelmarken zu entnehmenden Mengen folgt weitere Bekanntmachung.
3. Bei dem durch die Gemeinde vorgesehene Verkauf von Frühkartoffeln darf zu

dem Erzeugerhöchstpreis, zu dem die Kartoffeln erworben worden sind, bei Abgabe bis zu 1 Rtr. bei je pfundweiser Abgabe ein Zuschlag von höchstens 3 Mark für den Rtr. geordert und gestattet werden.
Die sich hiernach ergebenden Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisesgesetzes.

4. Der Höchstpreis für Frühkartoffeln aus der Ernte 1920 ist von dem Wirtschaftsministerium mit Genehmigung der Reichsartoffelstelle für Sachsen zunächst auf 35 Mark für den Rtr. beim Verkauf durch den Erzeuger festgesetzt worden.

5. Die Kartoffelerzeuger wollen die abgabepflichtigen Kartoffelmengen sofort dem für ihren Wohnort zuständigen Kommissionär, dessen Name bei der Gemeindebehörde zu erfahren ist, unter Angabe der Menge und des Zeitpunktes der Lieferung, anbieten. Der Kommissionär wird sobald darüber verfügen.

6. Mit Gefängnis bis zu 1 Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt. Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 Mark wird bestraft, wer sich unrechtmäßigweise mehr Kartoffeln auf Kartoffelmarken verkauft als ihm zuteil bzw. wer den Verkauf hierzu macht.
Großenhain, am 19. Juli 1920.
397 b H.
Der Kommunalverband.

Bekanntmachung, Wasserzins betr.

Die Befizer von Hausgrundstücken werden hiermit letztmalig aufgefordert, bis zum 31. Juli 1920 im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 4, die Höhe der von ihnen Mietern am 1. Juli d. J. abgeforderten reinen Mietzinsbeträge (also ohne Wasserzins usw.) schriftlich oder mündlich anzugeben. Die Angaben werden zur Veranschlagung der Hauszinsen für die Einhebung des Wasserzinses benötigt. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Angaben wahrheitsgetreu erfolgen müssen und behalten uns eine Nachprüfung derselben vor. Wer absichtlich falsche Angaben macht, hat Anzeige wegen Betrugs zu gemäßen.
Gröba (Weib), am 19. Juli 1920.
Der Gemeindevorstand.

Auf der Staatsstraße Zeehausen—Strehla werden vom 20. bis 22. Juli 1920 zwischen Neu-Döpsitz und Strehla, ferner vor der Stadt Strehla, Maschinenarbeiten unter Verwendung der Dampfmaschine ausgeführt. Die genannte Straßenstrecke wird während der Dauer der Arbeit gesperrt und der Fahr- und Reitverkehr auf die alte Riesner Straße verweisen. Zuwiderhandlungen werden entsprechend bestraft.
Die Amtshauptmannschaft Cöblich.

Die Aussprache über Spa.

Das Reichskabinett nahm gestern nachmittags in Gegenwart des Reichspräsidenten die Berichte des Ministers des Auswärtigen, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsberufungsministers über die auf wirtschaftliche Fragen bezüglichen Verhandlungen von Spa entgegen. Diese Berichte schloß sich eine mehrstündige eingehende Aussprache an. Vor dem Zusammentritt des Reichstages wird wahrscheinlich die Regierung ausführliche Mitteilungen über den Verlauf der Konferenz von Spa machen. Gegen Ende der Woche werden bereits einige Fraktionen des Reichstages sich vernehmen, um vor der Vollziehung zu einer Stellungnahme gegenüber dem Ergebnis von Spa zu gelangen. Die in Spa tätig gewesenen Sachverständigen werden dabei Gelegenheit haben, ihre eigenen Wahrnehmungen mitzuteilen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ zu berichten weiß, würde sich die Aussprache im Reichswirtschaftsrat am nächsten Donnerstag sehr lebhaft gehalten; die Regierung werde einen schweren Stand haben. Die Kohlenindustriellen seien der Meinung, daß die Bedingungen von Spa nicht imangehalten werden könnten, zumal die Arbeiterchaft im Ruhrgebiet auf jetzt die Bedingungen zu sabotieren, weil sie nicht Ausbeutungsobjekt unserer Gegner werden wollen. Auch bei normaler Förderung der Kohle seien die Bedingungen nach Meinung der Sachverständigen nur ausführbar, wenn die deutsche Industrie zu 40 v. D. stillgelegt werde. Hervorragende Industrielle sprächen sich dahin aus, daß unter diesen Bedingungen an einen Aufbau der deutschen Wirtschaft nicht gedacht werden könne und wir im Winter vor namenlosem Elend und großer Arbeitslosigkeit stehen würden. Die zurzeit verhängte Besetzung des Ruhrgebietes werde binnen einiger Wochen doch zur Lausade werden. Der Reichswirtschaftsrat solle eine strenge Revision der Kohlenverträge beantragen und in Zukunft verlangen, vor dem Abschluß so wichtiger Wirtschaftsfragen gehört zu werden, weil sonst seine ganze Existenz unangenehm ist.

Dr. Simons über Spa.

Dem Herausgeber des „Nacht- und Abendblattes“ sagte der Reichsminister Dr. Simons über Spa auf Befragen u. a.: Ich hätte die Bedingungen nicht angenommen, wenn ich nicht in der Haltung der Sachverständigen gewisse Schwankungen bemerkt hätte, die meine ursprüngliche Stellung insbesondere in der Kohlenfrage erschütterten. Auch die Erklärungen Lloyd Georges mit Bezug auf die Verteilung der oberirdischen Kohle hat mitgewirkt, mich schweren Herzens zur Unterschrift zu veranlassen. In Genuß mühen Verhandlungen zwischen Geschäftsmännern stattfinden, die die gegenseitigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten begriffen und ihnen Rechnung tragen.

Das Schicksal des deutschen Elends.

Der Vorsitzende der internationalen Kommission in Marlenwerder, Paris, reiste am Montag nach Paris, um dem Obersten Rat den im Friedensvertrag vorgeschriebenen Bericht über das Abstimmungsgebiet im deutschen Osten zu erstatten.

Mehr als 1500 deutsche Männer, die aus dem Soldaten-Gebiet in den letzten Wochen kühlten, sowie Tod und Gut und ihre Angehörigen verlassen mußten, um der rechtswidrigen Einziehung zum polnischen Heeresdienst zu entgehen, haben an den Oberpräsidenten die dringende Bitte gerichtet, alles daran zu setzen, um Soldat und Umgegend, einen Teil des Kreises Heidenburg, für Deutschland zu retten. Im dem Bericht heißt es: Im Kreise Heidenburg stimmten 98,5 Proz. für Deutschland. Das Soldatenland ist noch heute nach dem Willen der Bevölkerung preussisch und wird es bleiben. Wir

werden uns nie dem polnischen Joch fügen. Helft uns, rettet uns aus unserer großen Not!

Wahregung der Berliner Sicherheitsorgane.

Major Haupt von der Berliner Sicherheitspolizei ist von der preussischen Regierung wegen der Vorgänge vor der französischen Votica am 14. Juli sofort entlassen worden. Auch ein zweiter Offizier sowie mehrere Beamte der Sicherheitsabteilung, die die Abfertigungen am Pariser Platz zu leiten hatten, sollen nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ wegen angeblicher Unachtsamkeit gemahnt worden sein. Zugleich haben sich bei der Sicherheitspolizei eine Reihe von Anzeigen gemeldet, die eithlich beklagt werden, daß die behaupteten Ausschreitungen nur durch das herausfordernde Benehmen von drei französischen Matrosen veranlaßt worden seien. Das Material soll gesammelt und im Reichstag zur Sprache gebracht werden, falls den gemahnten Beamten keine anderweitige Genugtuung zuteil wird. — Wie die „Agence Centrale“ aus Basel meldet, hat infolge der neuen Zwischenfälle vor der französischen Votica in Berlin der Vertreter des französischen Votica das Verlangen an die deutsche Regierung gestellt, daß acht Offiziere der Kompanie, welche die Ehrenbezeugungen zu erteilen hatte, sich entschuldigen und der Kommandant bestraft werde.

Militärische Maßnahmen in der West.

Die „Freiheit“ macht über die Maßnahmen der Militärischen in der West Brandenburg ausführliche Mitteilungen, in denen es heißt: Waffenweise werden die Angehörigen der früheren Freikorps auf den Gütern untergebracht, dort in militärischen Verbänden zusammengehalten und für den neuen Umkreis bereitgehalten. Hauptleiter für Brandenburg ist Hauptmann Pfeffer, der Major des bekannten Frontbundes, gegen den vor einigen Wochen, um die Desertion zu beruhigen, ein Steckbrief erlassen worden ist. Hauptmann Pfeffer hat sich darüber nicht aufgeregt. Bisher sind im Kreise Artillerie vier Kompanien Infanterie, mehrere Batterien Kavallerie sowie Trains, Versorgungs- und Sanitätskolonnen untergebracht, außerdem die Batterie Platon von der 8. Fernen Division. Geschütze und Maschinengewehre sind auf den Gütern reichlich verteilt. Auch mehrere Minenwerfer sind vorhanden. Das fehlende Material wird Herr Pfeffer noch besorgen, da er gute Beziehungen zur Reichswehr hat. Die „Freiheit“ veröffentlicht schließlich einen Befehl des Hauptmanns Pfeffer über Ausrüstung und Unterbringung der Mannschaften.

Eine Geheimorganisation für bewaffneten Aufstand.

Ueber die Hamburger Geheimorganisation der linksradikalen Parteien Hamburgs für einen bewaffneten Aufstand gibt das „Berliner Tageblatt“ Einzelheiten aus dem „Radeburger Generalanzeiger“ wieder. Darnach hat Genosse Otto, ein Kämpfer aus dem Ruhrgebiet, seit einigen Wochen die Leitung der Kampforganisation, die in jedem Bezirk eine Kompanie von 90 verlässlichen Parteimitgliedern besitzt, zu denen 150 Mann, auch Draufgänger nicht ganz einmündiger Art, kommen sollen. Besonders Augenmerk wird auf sofortige Befehle des Hamburger Hofens mit seinen Lebensmittelpartnern gerichtet, wofür der Junge auswärtiger Genossen gesichert ist. Die Kampforganisation der Hamburger kommunistischen Arbeiterpartei ist von den Unabhängigen übernommen worden. In Versammlungen und Plakaten wird angefordert, keine Waffen abzuliefern, auch nicht die während der Kampagne an die Unabhängigen abgegebenen. — Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt hierzu, daß die Unabhängigen hier den von ihnen empfohlenen militärischen Abmachungen von Spa entgegen handeln und der Entente Anlaß zum Einschreiten gegen Deutschland geben.

Auch der „Berl. Lokalanz.“ veröffentlicht Einzelheiten über die Bildung einer linksradikalen Kampforganisation in Berlin. Unter der Maske von Arbeiter-Sportklubs hielten abendliche militärische Arbeiterkompanien Schwarz-

bewegungen und Handgranatenübungen ab. Das Blatt berichtet weiter über die Gründung eines Kartells zwischen den linksradikalen und dem republikanischen Führerbunde, das alle Vorbereitungen für den Kampf treffen soll. Die Richtlinien sollen vom Hamburger Komitee zur Vorbereitung des deutschen Generalstreiks vorbereitet werden. Die militärische Leitung habe ein Ausländer mit Namen Vimpach, der schon auf Seiten der Bolschewiken gekämpft haben soll. Am Sonnabend habe die Kampforganisation in Berlin eine Sitzung gehabt, die sich mit einer intensiveren Vorbereitung beschäftigte. Die Propaganda bezwecke vor allem, weitere Waffen für die Stottrupps in die Hand zu bekommen.

Zum Aufschlag auf Hindenburg.

Als Verüber des Revolveranschlags auf den Generalfeldmarschall v. Hindenburg wurde der Arbeiter Albert Gallen, geboren 13. November 1898 zu Eilen, verhaftet. Der Täter gestand bei seiner Vernehmung ein, in den Garten der Villa Hindenburg eingedrungen zu sein, um dort Obst zu stehlen. Er habe die Verandatür offen gefunden und habe sich in das Haus begeben, nicht um dort Obst zu stehlen, sondern um Unterstützung zu erbitten. Er habe nicht gewußt, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg dort wohne, da er erst seit 14 Tagen in Hannover sei. Den Schuß habe er nur als Schreckschuß abgegeben, um sich wieder frei zu machen; er habe nicht beabsichtigt, den Generalfeldmarschall zu verletzen.

Eine Schießerei an der deutsch-holländischen Grenze.

Ueber eine Schießerei, die in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag an der deutsch-holländischen Grenze stattfand, wird bekannt, daß drei Brüder namens Geprint aus Dinsperlo auf Soldaten der deutschen Reichswehr schossen und daß diese das Feuer erwiderten. Der 22-jährige Henrik Geprint wurde erschossen und einer seiner Brüder schwer verwundet. Es steht noch nicht fest, ob der Kampf auf deutschem oder holländischem Boden stattfand. Es scheinen auch noch mehrere andere Personen daran beteiligt gewesen zu sein.

Der heffische Bauernbund verlangt Abbau der Zwangs-

Der heffische Bauernbund hielt in Darmstadt eine Protestversammlung ab, auf der eine Entschließung gefaßt wurde, die verlangt, daß mit dem beschleunigten Abbau der Zwangswirtschaft Ernst gemacht werde und in der gegen die Verschärfung der Zwangswirtschaft bei der Getreiderückführung Protest erhoben wird. Sollte die Regierung nicht gewillt sein, auf die berechtigten Wünsche der Landwirte einzugehen, so müßten diese die Verantwortung für die Folgen ablehnen.

Ein Rückgang im Bau von Handelsdampfern.

Nach einer Lloyd Register Statistik über das verfloßene Vierteljahr wurde in Großbritannien im Juli 3.878,773 Tonnen Handelsdampferraum gebaut. Das sind 184.000 Tonnen mehr als im März 1920. Die Vereinigten Staaten verzeichnen im Schiffsbau einen Rückgang von 467.000 Tonnen gegenüber dem Monat März 1920. Mit 7.220,904 Tonnen ist die Gesamttonnenzahl der Neubauten in der ganzen Welt um 221.000 Tonnen geringer als im März 1920.

Bekämpfung der Wohnungsnot in Karlsruhe.

Die städtischen Kollegien bewilligten den verschiedenen Baugesellschaften einen Kredit von 7.320.000 Mark zum Bau von 150 Wohnungen. Zur Ueberwachung der Gesellschaften wird eine Wohnungsbau-Kommission eingesetzt. Weitere 4.400.000 Mark wurden demüßigt zur Deckung des Mehraufwandes, der beim Bau der bisher durch die Stadt erbauten Wohnhäuser entstanden ist.

Große Unwetter.

Ein fürchterliches Unwetter richtete in München-Stadbach und Umgegend Millionen-Schaden an. Der Hagel prasselte in schauerlichen Eisküden nieder und schlug mehrere